

Position zur Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) nach 2020

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) trat Anfang der 1960er Jahre in Kraft. Als Ziele der GAP wurden „die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern, der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine angemessene Lebensgrundlage zu gewährleisten, die Märkte zu stabilisieren, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und für eine angemessene Preisstruktur für die Verbraucher zu sorgen“, definiert.

Die GAP basiert aktuell auf einem „Zwei-Säulen-Modell“. Die erste Säule beinhaltet die Direktzahlungen an die Landwirte. Die zweite Säule, welche 1999 eingeführt wurde, unterstützt die Entwicklung des ländlichen Raumes und der Umweltbelange. Die deutsche Landwirtschaft muss marktfähig und die Herstellung landwirtschaftlicher Produkte für den Landwirt, weiterhin ökonomisch bleiben. Alle sieben Jahre wird die GAP neu ausgehandelt und die Rahmenbedingungen, um diese Ziele zu erfüllen, definiert. Noch vor 30 Jahren wurden 3 % des Bruttoinlandsproduktes in den EU-Agrarhaushalt investiert. Mittlerweile investieren die Mitgliedsländer weniger als 1 % davon.

Daher fordern wir:

- Eine Neuausrichtung der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union. Mit dem Ausstieg Großbritanniens aus der EU entfällt ein großer Beitrag zur GAP, was bedacht werden muss.
- Ein Erhalt der „5-Jahres-Frist für Junglandwirte nach der Niederlassung“ ist auch in der neuen Förderperiode für die Zukunft dringend notwendig.
- Flächen, die auf Grund von Bierschäden aus der Produktion genommen werden müssen, sollten bei der Flächenkontrolle ausgleichsfähig bleiben.
- Die bisherigen Mittel für die Junglandwirteförderung müssen sicher sein.

Wir lehnen ab:

- Die Umverteilung der finanziellen Mittel aus der 1. Säule in die 2. Säule. Zur Einkommenssicherung muss die 1. Säule bestehen bleiben.
- Die derzeitigen Diskussionen in der Kommission zur Renationalisierung der Agrarpolitik, die den Mitgliedsstaaten deutlich mehr Spielräume gibt. Eine Renationalisierung könnte zur Wettbewerbsverzerrungen führen. Dies ist nicht der ursprüngliche Gedanke der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Aus unserer Sicht:

Wir Junglandwirte leisten gemeinnützigen Dienst für die Gesellschaft. Durch eine fundierte Ausbildung praktizieren und leben wir die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte und nachhaltiges Wirtschaften in der Landschaftspflege. Wir tragen einen erheblichen Teil zur Bekämpfung des Klimawandels bei. Europa, Deutschland und Baden-Württemberg brauchen engagierte und motivierte Junglandwirte, die für die Nahrungssicherheit sorgen. Hierfür muss man ihnen entsprechende Wirtschaftsanreize schaffen und sie demgemäß fördern.

Grundsätzlich priorisieren wir die Wissenschaft vor der Ideologie. Man hat oft den Eindruck, dass wissenschaftliche Fakten durch ideologische Ansichten der Politik diskreditiert werden.

Kontakt:	Landjugend Württemberg-Baden e.V. Bopserstr. 17 70180 Stuttgart	forum.Junglandwirte Telefon: 0711/2140-134 Email: landjugend@lbv-bw.de
----------	---	---